



Antrag

der Abgeordneten **Markus Walbrunn, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

Anforderungsniveau des Abiturs wiederherstellen – KMK-Vorgaben anpassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim nächsten Treffen der Bildungsminister im Rahmen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) am 18. Dezember 2025 in Berlin dafür einzusetzen, dass in der „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“ der derzeit zulässige Anteil aller Kurse, die als nicht bestanden (d. h. mit unter 5 Notenpunkten) gewertet werden und in die Abiturwertung einfließen, von derzeit maximal 20 Prozent auf maximal 10 Prozent reduziert wird.

Begründung:

Das Abitur als Zugangsberechtigung zu den Hochschulen und als Maßstab für die Qualifikation junger Menschen in unserer Gesellschaft muss seinen hohen Anspruch an Leistungsorientierung und Qualität bewahren. Die derzeitige Regelung der KMK-Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung erlaubt es, dass bis zu 20 Prozent der Leistungen in nicht bestandenen Kursen (unter 5 Notenpunkten) in die Gesamtwertung einfließen.

Diese Kompensationsregelung führt zu einer Verharmlosung von Leistungsdefiziten und mindert den Wert des Abiturs als verlässliches Zeugnis über erbrachte Kompetenzen enorm. Eine Reduzierung auf maximal 10 Prozent würde die Leistungsorientierung stärken, indem sie Schüler stärker zu kontinuierlicher Leistung und Eigenverantwortung motiviert. Schwache Leistungen in bis zu einem Fünftel der Fächer könnten derzeit zu leicht ausgeglichen werden, was die Realität einer echten Qualifikation verzerrt und zu einer Überforderung in Studium und Berufseinstieg führen kann.

Durch eine strengere Regelung wird das Abitur aufgewertet: Es wird wieder zu einem eindeutigen Nachweis für Exzellenz und Zuverlässigkeit, das von Arbeitgebern und Hochschulen hoch geschätzt wird. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, diese Forderung beim nächsten Treffen der Bildungsminister in Berlin aktiv in die KMK-Verhandlungen einzubringen. Der Deutsche Philologenverband ist unlängst mit einer ähnlich gearteten Forderung an die Vertreter der KMK herangetreten.